

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Privatisierung der Deutschen Bahn AG verhindern

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

im Bundesrat eine Initiative gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn AG zu initiieren, mit der sichergestellt werden soll,

- a) dass der geplante Börsengang, in welcher Variante auch immer, verhindert wird,
- b) dass hinsichtlich der Bundesverkehrs politik eine Konzeption für eine schienenorientierte Verkehrsmittelwahl erarbeitet wird, die im Effekt ein attraktives Verkehrsangebot anbietet, sodass sowohl ein maximaler Gütertransport als auch eine maximale Personenbeförderung erreicht wird und
- c) dass ein Entschuldungskonzept für die Deutsche Bahn AG erarbeitet wird, um die Netto-Finanzschuld laut Geschäftsbericht 2006 i. H. v. über 19,5 Mrd. Euro zu tilgen.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Die Bundesregierung beabsichtigt, mit einem beschleunigten Verfahren den Börsengang der Deutschen Bahn AG zu forcieren. Dabei will sie ohne Beteiligung der Länder agieren.

Es ist nunmehr die Initiative des Landes gefordert, den Börsengang der Deutschen Bahn AG zu verhindern. Die Bahn hat im öffentlichen Eigentum zu verbleiben, denn sie ist von größtem gesellschaftlichen Nutzen. Unter ökologischem Gesichtspunkt bietet der Schienenverkehr die Möglichkeit, den Gesamtverkehr und damit Lärm- und Schadstoffemissionen zu reduzieren. Gleichzeitig erfüllt die Bahn die Aufgabe der Daseinsfürsorge für jene Haushalte in Deutschland, die über kein Kraftfahrzeug verfügen.

Mit der Bahnprivatisierung sind negative Entwicklungen auf der Angebotsseite, hauptsächlich in Form von Streckenstilllegungen, Fahrpreiserhöhungen und mangelhaftem Service zu befürchten. Für die Angestellten der Bahn ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzusehen.

Die bisherigen Erfahrungen mit Privatisierungen - und insbesondere von Eisenbahngesellschaften - zeitigten zuvorderst negative Folgen.

Aus diesen Gründen ist die Bahnprivatisierung als eine groß angelegte Enteignung von Volksvermögen abzulehnen und zu verhindern.